



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

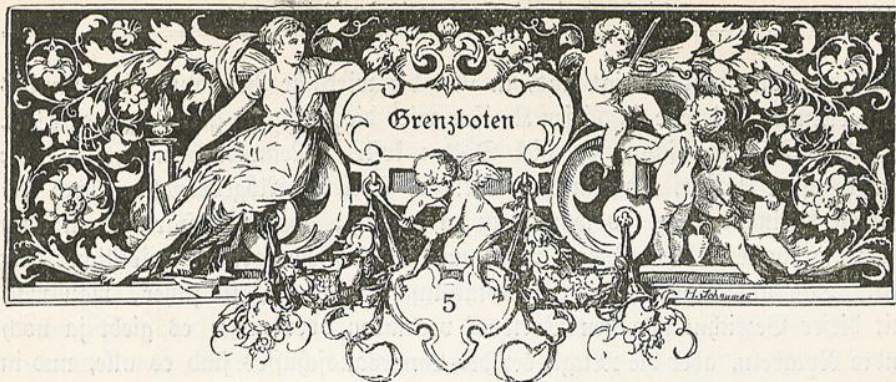
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kühn, Emil: Kleinstaaterie und Sondergeist im Reichslande

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Kleinstateerei und Sondergeist im Reichslande

Von Emil Kühn



Am 28. Januar ist unser Landesausschuß wieder zusammengetreten. In der Regel dauert die Tagung zwei bis drei Monate, und auch diesmal wird sie kaum kürzer sein, obgleich dem Vernehmen nach der Beratungstoff noch weniger umfangreich sein wird als sonst, denn der Landesausschuß arbeitet sehr langsam.

Die regelmäßige und hauptsächlichliche Vorlage ist das Budget. Der Staatshaushalt eines so kleinen Landes weist jedes Jahr nur eine beschränkte Zahl von Veränderungen auf; von diesen sind viele nur geringfügig oder formeller Art, nur wenige schneiden ein und verlangen vertrauliche Beratung. So wäre es denn natürlich und recht, das Budget im ganzen Hause vorzubereiten, zumal da der Landesausschuß nicht ganz sechzig Mitglieder hat und deshalb, wie auch sein Name sagt, nichts als eine Kommission ist. In der vorjährigen Tagung ist denn auch die Unzweckmäßigkeit des bis dahin herrschenden Verfahrens, die verschiedenen Budgettitel an vier Unterausschüsse zu verteilen, zur Sprache gekommen; aber das Ergebnis war, daß noch ein fünfter hinzugefügt wurde. Diese Art der Vereinfachung und Beschleunigung hat viel Heiterkeit erregt, die Sache ist jedoch ernst. Der Landesausschuß braucht doch nicht immer monatelang zu tagen, er sollte selbst das Beispiel der Sparsamkeit geben. Zwanzig Mark Tagesdiäten (der höchste Satz in Deutschland, obgleich das Gasthofsleben in Straßburg nicht gerade teuer ist) sollten nicht länger gezahlt werden, als nötig ist, und die Art, wie jahraus jahrein das Budget beraten und die Beratung in die Länge gezogen wird, ist nicht nur unnötig, sondern auch schädlich.

Die Meinung, daß der Landesausschuß zu lange tage, ist auch in Kreisen
Grenzboten I 1897

zu finden, die sonst geneigt sind, in ihm die wirkliche Vertretung des Landes anzuerkennen. Gerade in diesen Kreisen wird die Meinung gern so ausgedrückt, daß der Landesausschuß zu viel Diäten koste. Meinesteils möchte ich die Frage offen lassen, ob ein beträchtlicher Teil der Abgeordneten durch die Diäten bestimmt wird, es wäre doch zu traurig; aber sehr stark, wenn auch nicht aus vollem Bewußtsein, wirkt ein anderer Beweggrund persönlicher Art mit. Daß unser Parlament ein Notabelnparlament ist, ist sicher, man mag mit dieser Bezeichnung einen Vorwurf verbinden oder nicht; es giebt ja noch andre Notabeln, aber die Mitglieder des Landesausschusses sind es alle, und in hervorragendem Maße. Die Herren gelten viel, wenn sie nicht tagen, und wenn sie tagen, noch mehr, einzeln und vereint; manchmal möchte man meinen, sie gälten alles. Wir haben auf diese Weise außer dem natürlichen Wetter auch politisches, die Jahreszeiten fallen keineswegs zusammen. Dem Deutschtum und rechter Verwaltung sind die schönsten Jahreszeiten der Natur wenig günstig: wenn der Frühling naht, kommt der Landesausschuß, wenn sich der Sommer neigt, der Besuch aus Frankreich. Es widerspräche aller Seelentunde, wenn unsre Abgeordneten das für sie beste Wetter nicht möglichst lange zu genießen Neigung hätten und diese Neigung bethätigten. Für die Verzettlung der Budgetberatung in Kommissionen spricht freilich noch weiteres mit. In der Kommission ist man mehr unter sich, die Auskünfte und Verheißungen fließen reichlicher, mancher führt das Wort, der im Plenum schweigt. So werden die Plenarsitzungen noch mehr als anderwärts zu Haupt- und Staatsaktionen für wenige. Ich möchte glauben, daß unsre Abgeordneten auch besonders von ihrer Vorliebe für die französische Sprache zu den Kommissionen hingezogen werden; in ihnen herrscht dem Gesetz zuwider noch immer der Gebrauch des Französischen vor.

Für die Regierung sollten diese Triebfedern nicht gelten. Wenn sie nicht selbst Vorberatung des Staatshaushalts im Plenum und ganz allgemein schnellere Erledigung anregen will, so kann sie es durch gleichgesinnte oder ergebene Abgeordnete thun, und sie müßte es, schon um das Zusammentagen des Landesausschusses mit dem Reichstag auf den kürzesten Zeitraum zu beschränken. Warum unterläßt sie es? Nicht aus Unkenntnis, denn die Regierung kennt die Schwächen des Landesausschusses sehr gut; das Lächeln der Überlegenheit ist in Elsaß-Lothringen häufiger als das der Mugurn in Rom, aber es reizt bei uns sehr vielerlei dazu, den Spruch: eine Hand wäscht die andre, wahr zu machen, und die Ursachen, die den Landesausschuß heben, heben auch die rechtlich beschränkte Stellung der Regierungsmitglieder. Sie tragen dazu bei, dieser Stellung ministeriellen Glanz zu verleihen. Staats- und verwaltungsrechtlich giebt es in Elsaß-Lothringen nur einen Minister, das ist der Statthalter. Der Staatssekretär hat zwar zum Teil die ministerielle Gegenzeichnung, ist aber nach seinen sonstigen Zuständigkeiten Unterstaatssekretär, und die

Beamten, die den Titel Unterstaatssekretär führen, sind im preußischen Sinne nur Ministerialdirektoren. Thatsächlich sind sie Ressortchefs, die Ministerialabteilungen unabhängige Ministerien geworden und werden es immer mehr. So liegt z. B. die sehr wichtige Attribution der Zentralstellen, der entscheidende Vorschlag zu den Stellenbesetzungen, in den Abteilungen; der Statthalter, dessen Entscheidung die Regel sein sollte, trifft sie nur ausnahmsweise. Auch die meisten Generalverfügungen gehen von den Abteilungen aus. Das reizt dazu, sie häufiger zu erlassen, als wenn sie in einer Hand wären, und fördert Bürokratismus und Vielregiererei. Namentlich in der Vertretung der Regierungsvorlage vor dem Landesausschuß tritt die Stellung der Abteilungsvorstände leicht als die leitende hervor, da der Statthalter herkömmlicherweise an den Verhandlungen nicht teilnimmt. Dieses Relief würde sich schon bei kurzen Tagungen abzeichnen, bei längern prägt sich sehr stark aus. Dergleichen hat jeder gern, es liegt in der menschlichen Natur, man müßte sich Zwang anthun, sich diesen Genuß zu verkürzen. So werden nicht nur die Geschäfte durch die langen Tagungen geschädigt, diese sind auch ein Zeichen und im verderblichen Kreislauf wieder Ursache kleinstaatlicher Großmannsucht. Das Reichsland ist in der That auf dem Sande der Kleinstaaterei aufgelaufen.

Die Verhältnisse haben sich so entwickelt, es wird immer schwerer, die Richtung zu verändern, und in dieser Richtung schließen sich die wirkenden Kräfte trotz sonstigen Auseinandergehens immer mehr zusammen. Der Landesausschuß verkennt die Pflichten seiner als Spitze der Selbstverwaltung gedachten Stellung, aber das Mitherrschende seiner Stellung kennt er sehr wohl und zeigt es durch die Ansprüche, die er erhebt und durchsetzt, die auch von den einzelnen Mitgliedern auf den eignen Einfluß ausgedehnt werden. Diese Gegenwart wissen alle Mitglieder zu schätzen, meist ohne bei ihrer Vorliebe für französisches Wesen dem deutschen Wesen und dem Reich etwas andres als Abneigung und Abweisung zuzukehren. Das Beamtentum ist von einheitlichem Gepräge weit entfernt: zu den landsmannschaftlichen Verschiedenheiten gesellen sich unnötige Spezialisierungen in Prüfung und Anstellung; der Adel rechten Amtsgefühls ist schwächer vertreten als das Streben nach Rang und Verbesserung. Aber so groß die Gegensätze sind, den Zufluß von außen wollen doch alle verengern, frisches Blut wäre fast allen lästig, denn im Innern machen sich, wie nur in irgend einem Mittel- oder Kleinstaat, Bettertschaft und Gönnerschaft geltend. Bei den Zentralbehörden müssen sich die Erscheinungen steigern, und wenn schwächliche Zugeständnisse der Abteilungsvorstände an das Parlament häufig sind, so hört man, daß einzelnen Abgeordneten ihre Kommissionsberichte von Ministerialräten gemacht werden. Auch an der überragenden Stellung des Statthalters haben sich die Verhältnisse stärker als die Menschen erwiesen; das Beispiel des jetzigen Reichskanzlers zeigt es. Er ist gewiß ein sehr kluger Mann und von gewöhnlicher Eitelkeit frei, und doch hat

er sich von den drei Aufgaben, die das Statthalteramt vereinigt: als Oberpräsident, als Minister und als unmittelbarer Stellvertreter des Kaisers thätig zu sein, je länger je mehr auf die letzte, die höchste und glänzendste Aufgabe zurückgezogen. Er war zuletzt nur noch der regierende Herr. Er hat den Herrn mit Maß und Geschmack vorgestellt, aber in der entscheidenden Frage doch nur vorgestellt; die vitiöse Entwicklung ist weiter gegangen. Um sie zu meistern hätte er sehr viel Initiative aufwenden, alle drei Aufgaben zusammenfassen und selbst verwalten müssen.

Das fünfundzwanzigjährige Ergebnis der Entwicklung besteht darin, daß Deutschland um einen Klein- oder Mittelstaat reicher geworden ist, dessen Bevölkerung mit Neigung, wenn auch ohne Sehnsucht, an der französischen Vergangenheit hängt, und dessen maßgebende Volksschichten die französische Tradition in Sprache, Sitte und Lebensführung bewußt fortsetzen. Also politischer Partikularismus mit geistigem und sozialem Separatismus, ein gefährlicher Kleinstaat. Das Feld- und Erkennungszeichen des Separatismus ist der Gebrauch der französischen Sprache. Wie die Alten jungen, so zwitschern die Jungen. Aber während die Alten die französische Zeit noch erlebt haben und ihre Liebe dafür zwar inniger ist, aber durch die Erinnerung an manchen schon damals empfundenen Gegensatz, durch Bedächtigkeit und Interesse in Schranken gehalten wird, ist in der Neigung der Jugend zu französischem Wesen nichts naives, ihre Neigung ist durchaus gemacht und aufgebauht; als das Ergebnis geistiger Mißklänge ist sie selbst mißtönend, und sie wird durch den Trotz der Jugendjahre zum Demonstrieren gereizt. Auch dem seit der Einverleibung herangewachsenen Geschlecht ist der Sinn für Erwerb und Machtverhältnisse eigen, aber während er bei den Alten die Grundlage dessen ist, was man als Fügsamkeit und Ruheliebe preist und ausnützt, artet er bei den Jungen leicht zu Hab- und Ehrjucht aus. Ob sich diese Eigenschaften unsrer Staats- und Gesellschaftsordnung anpassen oder die Zahl ihrer Gegner vermehren helfen, hängt von der Lebensstellung ab, in die das äußere Geschick versetzt; innere Selbstbestimmung wirkt nicht mit, und keinesfalls eignet sich eine von solchem Drang erfüllte, nicht strebende, sondern streberische Jugend zur Stütze eines guten Regiments. Natürlich giebt es Ausnahmen, und die Vielgestaltigkeit des Lebens hemmt zum Glück die logische Zuspitzung einzelner Lebenserscheinungen; aber unerfreulich ist das Bild unsrer Jugend noch jedem ernstern Beobachter erschienen, es zeigt landschaftliche Verschärfungen der häßlichen Züge, die auch in den andern Teilen Deutschlands wahrgenommen und beklagt werden.

Es ist ein fauler Friede, der in Elsaß-Lothringen herrscht. Es wird erzählt, ein General, der in unserm Lande stand, habe auf die Frage des Kaisers nach seiner Auffassung der Sachlage nach einigem Zögern geantwortet: Majestät, wenn mobil gemacht wird, sind wir in Feindes Land. Dieses Urteil trifft den Nagel auf den Kopf. Unsrer Freunde werden sich verstecken, unsre Feinde Mut

bekommen, und ihnen wird sich die Menge der Lauen zuwenden. Der im Fall der Mobilmachung eintretende Militärbefehl wird die nötigen Vorkehrungen zu treffen wissen. Dazu gehört, daß manche, denen jetzt großer Einfluß gewährt wird, sofort eingesteckt werden. Ich bin sicher, daß ich mit dieser Meinung nicht vereinzelt stehe. Krieg und Frieden!

Damit ist nicht gesagt, daß nun im Frieden ein Vorspiel des Kriegs, etwa mit Hilfe des Diktaturparagraphen, aufgeführt werden sollte. Der Diktaturparagraph mag wie bisher in der Schwebelage bleiben, aber nach fünfundzwanzig Jahren thut eine Scheidung von Freund und Feind not. Der Freund mag sprechen und stimmen, wie er will, aber wenn er spricht und stimmt wie unser Feind, dann ist ers auch. Das Gerede z. B. von deutscher Ungeduld und deutschem Chauvinismus schlägt nicht nur der Wahrheit ins Gesicht, es ist geradezu eine Liebedienerei bei unsern Feinden; wer sie treibt, hält es mit ihnen. Unsre Feinde — sie sind alle bekannt oben und unten — mögen geduldet werden, wenn sie sich ruhig verhalten und nicht hegen; fehlen sie in dem einen oder andern, so müssen sie unsre Macht zu Kosten bekommen. Auch bei legalstem Verhalten haben wir Mittel dazu. Unsern Feinden gar noch Einfluß zu gewähren oder zu lassen, wäre unverzeihliche Schwäche. Alles Gewelsche, in Worten und Werken, muß aufhören, wir verstehen es nun einmal nicht, wir wollen es uns nicht anquälen, um unsre Feinde zu mästen.

Aufhören wird damit allerdings auch die Beförderung der Unwahrheit, daß hier im Lande alles zum besten stehe. Es ist nicht so. Wir haben in dem fünfundzwanzigjährigen Zeitraum, der seit der Einverleibung verstrichen ist, keine Erfolge aufzuweisen. Was besser geworden ist, verdanken wir nur der Zeit, nicht unsrer Staatskunst oder wahren Wohlwollen. Unser Wohlwollen war Bequemlichkeit und Schwäche, bestenfalls von der Art, die die Thränen-drüse schon und bei Herzwunden kalt bleibt. Unsre Staatskunst zumal hat immer mit Unterbilanz gearbeitet. Man mag auf die verschiedenste Weise regieren: konservativ oder liberal, mit dem Klerus oder gegen ihn, suaviter oder fortiter in modo, mit Nachsicht gegen Leute, die wenig wert sind, oder wie sonst: der Staatsmann kann bei Übernahme der Geschäfte die Menschen und Verhältnisse nicht auf einen Schlag anders machen, als sie sind, und wenn man braucht, dem muß man geben. Genug in schlimmer Lage, wenn der Staatsmann das Rechte will und sich selbst rein hält. Nur eine Art zu regieren ist überall und zu allen Zeiten verwerflich und wirkungslos, das ist die, wobei man sich regelmäßig selbst zur Seite drückt, seinen Willen und seine Bedürfnisse zurücksetzt, darauf verzichtet, Eindruck zu machen. Das ist die Politik, die wir hier im Lande befolgt haben. Noch jetzt ist es so, als wenn wir jeden Tag um Verzeihung bäten, daß wir Elsaß-Lothringen annektirt haben. Noch immer klingt auch durch unsre Reden und unser ganzes Verhalten durch, die Leute sollten doch vernünftig sein, wir meinten es gut, wir

wollten ihnen ja nichts thun, sie sollten es nach Wunsch haben, für ihre Wunden wollten wir Doktor, Apotheker und an Schmerzengeld bezahlen, so viel wie sie nur wollten, aber sie müßten nicht nur aufhören zu protestiren, sie müßten auch bei Gelegenheit ihre Zufriedenheit bezeugen durch Fahnen, Schärpen, Hurraschreien, sonst könnten sie thun und lassen, wozu sie Lust hätten. Wenn man Franzosen oder Französlingen so kommt, so kann man sicher sein, daß sie alles nehmen und noch alles mögliche dazu fordern, jeden Tag mehr, und dabei immer wehleidigere Gesichter machen. Es rentirt sich. Versprechungen geben sie nicht, dazu sind sie zu schlau, und stillschweigende Zusagen deuten sie, wie sie wollen. Unter einander lachen sie über uns, und die Schmeichelnamen, mit denen sie dabei unsre Klugheit bedenken, will ich lieber verschweigen. Öffentlich legen sie die Gesichter in ernste, traurig resignirte Falten und nennen uns ungeduldig und chauvinistisch.

Zweierlei fürchten sie: unsre höhere Kraft und unsern reinern Willen. Wir sind wirklich das männliche Volk. Was brauchen wir denn ihren Beifall, ihre Zustimmung, ein freundliches Lächeln? Was verschlägt es, ob sie zu unsern Festen Fahnen herabhängen oder nicht? Was kommt dabei heraus? So etwas beachtet man, man merkt sichs, bei Gelegenheit kann man wie halb verloren darauf anspielen, aber Ärger und unmittelbaren Vorhalt vermeidet man, die wirken weniger und geben Blößen. Das Protestiren und Demonstrieren sollen sie wohl bleiben lassen. Diese fremdgenannten Dinge sind unserm Wesen auch fremde Sachen; lassen sie sich dennoch dergleichen oder andre Ausländereien beikommen, so wird es an einer deutschen Antwort nicht fehlen. Aber sonst wollen wir sie ihre Wege gehen lassen, am wenigsten ihnen nachlaufen; sie brauchen uns, nicht wir sie, sie müssen uns kommen. Der Landesauschuß z. B. braucht uns sehr, seine Wurzel im Volk ist schwach; es ist nicht schwer, ihn in anständige Abhängigkeit zu bringen. Allerdings, die Gesetzmacherei müssen wir aufgeben, aber die ist schädlich genug, und dann werden wir auch auf andre „Erfolge“ verzichten müssen. So auf den, den wir erlebt haben, als der Pfarrer und Reichstagsabgeordnete Gerber zu einem französischen Journalisten sagte, Elsaß-Lothringen sei fest an Deutschland geschmiedet. Ein Mißverständnis legte ihm die Worte in den Mund, er wolle nicht mehr von Deutschland loskommen, und daraus wurde das größte Wesen gemacht, als wenn nun alles erreicht wäre. Wenn wir derartige Nichtigkeiten und Unziemlichkeiten ein für allemal aufgeben, heben wir nicht nur wieder unsre Würde, wir können unsre Kraft auch auf wirkliche Aufgaben verwenden. Da hat z. B. derselbe Herr Gerber bemerkt, seit der Einverleibung sei die Wohlhabenheit auf dem Lande geringer geworden, nur in den Städten habe der Reichtum zugenommen. In Frankreich ist's ja auch so, wohl überall, aber richtig ist es und auch traurig. Mit Verwaltungsmaßregeln allein wird da nicht zu helfen sein, aber gegen die Schmarotzer, die am Bauer saugen, können

Justiz und Verwaltung vereint recht viel thun. Das ist doch einige Hilfe. Haben wir sie geleistet?

Gerade in dem, worin wir mäßig sein und die Leute an uns heran- kommen lassen sollten, sind wir unersättlich und locken sie an. Um von einem Mann, den wir erst notabel gemacht haben, ein paar Worte oder einige Schein- werke zu erhalten, die wie Anerkennung gedeutet werden können, mit Biegen oder Brechen, geben wir ihm wirkliche Macht in die Hand. Er benutzt sie vor allem dazu, seine Gegner zu unterdrücken. Wie oft sind das Leute, denen wir gegen ihn helfen sollten, Schwache oder Hilfsbedürftige oder solche, die sich wirklich von Herzen zu uns halten möchten! Ist erst der große Hans fertig, dann wird er gegen uns kalt, spielt den Cato oder was sonst nach seinem Temperament für eine Rolle, für uns ist er nicht mehr zu haben. Er kehrt sogar seine Macht gegen uns, und wir müssen es uns gefallen lassen und mit ihm rechnen, denn unsern Irrtum einzugestehen und die Folgerungen zu ziehen, haben wir zu viel Eigenliebe und sind wir zu schwach. Aus vielen Fällen wird auch eine Kette, die schwerer zu durchbrechen ist.

Das und ähnliches hat unsre Unterwerfung unter die Notabeln und ihre Vertretungen, den Landesausschuß mit seinen Lokaltrabanten, zur Folge gehabt. Sie herrschen mit und über uns, gerade wie die Kirche in unsrer Staatsschule herrscht. In den Vertretungen haben wir sogar kaum den formellen Ober- befehl behalten, während wir in ihnen nicht geringere Klagen über schlechte Be- handlung zu hören bekommen. Die Kirche sündigt nur in ihren Dienern, aus der Schule dürfen wir sie nicht entfernen; ihre Taktik, daß sie jede Hilfe annimmt, von welchem Geiste sie auch eingegeben sein möge, und daß sie nie dankt, sondern immer weiter fordert, mahnt uns nur daran, daß auch wir das *do ut des* nicht vergessen dürfen. Das *do ut des* gehört einesteils zum unentbehrlichen Handwerkszeug des Politikers und zum Kunstgerät des Staats- manns, es enthält auch eine ethische Mahnung, es heißt ja weiterhin *do ut facias*. Bei den Notabeln brauchen wir nicht dieselben Rücksichten zu nehmen wie bei der Kirche, wir können ihnen geradeswegs an den Leib. Sie gelten nur, weil wir sie gelten lassen. Daß sich die Verhältnisse nach fünfundzwanzig Jahren gesetzt haben, fordert uns mit verstärktem Nachdruck auf, die Notabeln nach ihrem Wert für uns und für das Gemeinwohl zu sichten und uns den Rest nicht wieder über den Kopf wachsen zu lassen. Wenn wir den Landesausschuß mit Vorlagen auf halbe Ration setzen und die richtige Beratung des Budgets verlangen, wird das rechte Verhältnis eingeleitet sein, und der Landesausschuß kann sich für manches recht brauchbar erweisen. Gewisse Geistes Eigenschaften sind ja in ihm nicht reichlich vertreten oder haben mehr französisches als deutsches Gepräge, aber es findet sich in ihm viel gesunder Menschenverstand und ein besondres Verständnis für die wirklichen Machtverhältnisse. Auch an gutem Willen kann es bei vielen Mitgliedern nicht fehlen; dieser Teil ist jetzt

unfrei, durch seine und unsre Schuld. Der gute Wille wird mehr zum Vorschein kommen, wenn die Arbeiten in der Regel, der kleinen Mitgliederzahl entsprechend, im Plenum erledigt werden, und die Sitzungen den Charakter von Haupt- und Staatsaktionen verlieren. Ich muß diese Bezeichnung wiederholen, obgleich das oratorische Ergebnis nicht glänzend ist.



Der Ausstand als Waffe im Lohnkampf



Der Gedanke, daß die Höhe der Löhne im wesentlichen von der Organisation der Arbeiter abhängt, und daß der besondere Fall dieser Organisation, der Ausstand, die wichtigste Waffe im Lohnkampf sei, ist noch sehr jung. John Stuart Mill in seinen letzten Lebensjahren ist sein Vater. Wer an die Siegeskraft der Wahrheit glaubt, der kann wohl aus dem Siegeslauf, den dieser Gedanke durch das gesamte soziale Denken der Gegenwart angetreten hat, auf seine Wahrheit schließen. Millionen und aber Millionen gebildeter und ungebildeter Menschen glauben an ihn, und für zahlreiche „führende“ Volkswirtschaftler gehört er zu den Grundthatsachen der wirtschaftlichen Weltanschauung der Neuzeit. Der Ausstand ist „das“ Ereignis in der Entwicklung der Beziehungen von Arbeitgebern und Arbeitern, und häufig genug ein Ereignis, das, wie der Hamburger Streik, alle Gebildeten interessiert. Wer aber andererseits an die Siegeskraft einer kräftigen Agitation glaubt und ihr namentlich dann große Erfolge verheißt, wenn der Boden für die versochten Gedanken gut bereitet ist, der darf sich vielleicht dieser ganzen wirtschaftlichen Vorstellungsguppe etwas kühler gegenüberstellen und sich einmal fragen, ob sie sich denn mit den sonst für ausgemacht geltenden Grundvoraussetzungen wirtschaftlichen Denkens in Einklang bringen lassen.

Als in der Reichstagsitzung vom 12. Dezember der Staatssekretär von Bötticher die Bemerkung fallen ließ, daß die Streiks gegen die Interessen der Arbeiter seien, gab es „Lärm bei den Sozialdemokraten,“ und doch bedarf es nur geringer wirtschaftlicher Bildung, um einzusehen, daß der Streik mindestens eine zweischneidige Waffe ist, die, selbst wenn die Ausständischen schließlich mit ihren Forderungen durchdringen, ihnen selbst auf die Dauer und der Arbeiterschaft im allgemeinen für längere Zeit mehr Schaden zufügt als Nutzen bringt.